

Tempo 30 vor Schulen und Altenheimen

PINNEBERG Die Stadt Pinneberg setzt auf Sicherheit: Ab Herbst ist vor Schulen und sozialen Einrichtungen im gesamten Stadtgebiet nur noch Tempo 30 erlaubt. Diese Geschwindigkeitsbegrenzung gilt für Pkw, Motorräder, Lkw und alle anderen Vertreter des motorisierten Verkehrs. „Diese Maßnahme soll wesentlich zur Verbesserung der Verkehrssicherheit an Schulen, Senioreneinrichtungen, Kitas und anderen Institutionen beitragen“, sagte Bürgermeisterin Urte Steinberg (parteilos). Die Fußgänger als schwächste und verwundbarste Verkehrsteilnehmer bräuchten hier Vorrang.



PINNEBERGS POLITIK WILL SCHON LANGE MEHR SICHERHEIT VOR PINNEBERGS SCHULEN. PT

Grundlage für die Initiative der Stadt für ein Plus an Verkehrssicherheit sind aktuelle Änderungen der Straßenverkehrsordnung und der darauf basierenden Rechtsvorschriften sowie die Aktualisierung des Schulwegerlasses des Landes Schleswig-Holstein vom Juli 2017 (unsere Zeitung berichtete).

Die Regelung kommt auch der Pinneberger Politik entgegen: Der Ausschuss Stadtentwicklung und der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Kleingartenwesen hatten zum Thema Tempo 30 bereits frühzeitig auf Antrag der CDU und der SPD sowie der Grünen & Unabhängigen Beschlüsse gefasst.

Das besagt die Regelung: Diese Geschwindigkeitsbeschränkungen sind auch dann festzusetzen, wenn sich in der Nähe der Schule bereits eine mit einer Lichtsignalanlage gesicherte Straßenquerung befindet. Tempo 30 werde auf die für Schulen und Kindertagesstätten übliche Betriebszeit von werktags 7 bis 17 Uhr beschränkt. Bei Seniorenwohnanlagen erfolgt keine zeitliche Beschränkung. Zu berücksichtigen sei ferner, so die Stadt, dass eine Vielzahl von Schulen bereits im Bereich von Tempo 30 Zonen liegen und hier keine weiteren Maßnahmen erforderlich seien. Die freiwillige Feuerwehr der Stadt Pinneberg wurde über die geplanten Änderungen informiert, teilt die Stadt außerdem mit.

Beschilderung kostet etwa 9000 Euro Die Kosten für die zusätzliche Beschilderung werden etwa 9000 Euro betragen. „Das ist gut angelegtes Geld“, sagte die Bürgermeisterin und: „Ich freue mich, dass wir durch die geänderten rechtlichen Rahmenbedingungen die Möglichkeit haben, mehr Sicherheit zu gewinnen.“

Weitere Informationen zum Thema gibt es im Ausschuss Stadtentwicklung am Dienstag, 12. September. Die Sitzung beginnt um 18.30 Uhr im Rockville-Zimmer des Rathauses an der Bismarckstraße. erd
